

Richard Gerster**BAUSTEINE FÜR DIE NORD-SÜD-POLITIK DER 90ER
JAHRE AUS DER SICHT PRIVATER HILFSWERKE*****Abstract**

Due to economic, social and political change in Europe and world-wide North-South relations are in danger to be marginalized. From an NGO-perspective some reasons are developed why development aid did not fulfil the expectations. The South is responsible for its own development, and it is misunderstood solidarity when northern NGOs hesitate to criticise misuse of power and corruption in the South. On the other hand the North clearly is part of the problem and has to put its own house in order. Therefore NGOs in industrialized countries should advocate first of all structural adjustment in the North in order to become a responsible partner in the world community. Key elements for a development policy of NGOs in the nineties are presented. The traditional appeal to solidarity is not enough to achieve a policy change in the North. Northern NGOs have to find a positive approach to the well understood interests of their own societies in changed and sustainable North-South relations. In this way new majorities for a constructive development policy can be won.

1. Ein Umfeld im Umbruch

Nord-Süd-Themen haben es schwer heute, schwerer als noch vor einigen Jahren. Was hat sich im Umfeld der Entwicklungspolitik geändert?

- Die 80er Jahre gelten vor allem in Afrika und Lateinamerika als *verlorenes Jahrzehnt*. Das Pro-Kopf-Einkommen vieler Länder ist dramatisch gesunken. Wenn frühere soziale Errungenschaften wieder zunichte gemacht werden, so entsteht leicht ein Klima der Resignation.
- Der Süden hat weltwirtschaftlich an Bedeutung verloren. Ausnahmen vor allem in Asien bestätigen die Regel. Die Rohstoffpreise sind weiter gefallen. Im Rahmen der Schuldenkrise versucht der Norden noch herauszuholen, was zu retten ist — es sind Dutzende von Milliarden Dollar, die jedes Jahr dem Norden aus dem Süden netto an kommerziellem Kapital zugeflossen sind. Dieser Aderlaß trifft nicht nur die Bevölkerung, sondern verstärkt auch die *Marginalisierung der Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft*.
- Die *Demokratisierung in Mittel- und Osteuropa* ist als solche höchst erfreulich. Aber der bevorstehende wirtschaftliche Wiederaufbau droht den Süden mit seinen

* Überarbeitete Version eines Vortrags, gehalten anlässlich der Jubiläumsveranstaltung „20 Jahre Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas“ vom 3. Oktober 1991 in Bern.

Bedürfnissen zu konkurrenzieren. Beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland sind 1992 für die knapp 20 Millionen Menschen der ehemaligen DDR weit über 100 Milliarden Mark eingeplant — mehr als die gesamte Entwicklungshilfe der Industrieländer an über vier Milliarden Menschen im Süden.

- Die *Europäische Integration* absorbiert die Aufmerksamkeit von Öffentlichkeit, Politik und Verwaltung. Einerseits fördert die Diskussion um die Rolle der Schweiz in Europa die Öffnung unseres Landes. Andererseits müssen sich die Entwicklungsländer mit einem Mauerblümchen-Dasein begnügen, obschon der Nord-Süd-Konflikt längerfristig in den Vordergrund treten wird.
- Kriegerische Auseinandersetzungen, Verletzungen der Menschenrechte und krasse Wohlstandsunterschiede haben zu ungeahnten *Fluchtbewegungen und Völkerwanderungen* geführt, deren Ausläufer bis in die Industrieländer reichen. Weil die Ausländer- und Asylpolitik diese Migration bisher nicht unter Kontrolle bringen konnten, reagiert die Bevölkerung bei uns nicht nur mit Solidarität, sondern auch mit Verunsicherung bis hin zu offenem Rassismus.

2. Entwicklungshilfe in Bedrängnis

Die Entwicklungshilfe steht nicht nur vom Umfeld her unter Druck. Sie ist vielmehr auch in ihrem eigenen Spannungsfeld von Erwartung und Erfolg in Bedrängnis geraten. Drei fundamentale Erfahrungen rufen nach mehr Bescheidenheit unsererseits im Verhältnis zum Süden:

Die nationalen und internationalen Rahmenbedingungen haben sich als mindestens so wichtig erwiesen wie die einzelnen Projekte und Programme. Welchen Sinn macht es beispielsweise, Barfußärzte noch so gut auszubilden, wenn dem Staat schlicht das Geld fehlt, um sie anzustellen und die Gesundheitsstationen mit Medikamenten zu versorgen? Welchen Sinn machen Wirtschaftsreformen zur Ankurbelung der Kakaoproduktion, wenn fallende Weltmarktpreise den Erlös aus der Zusatzproduktion mehr als wettmachen? Die sich verschlechternde gesamtwirtschaftliche Lage im Gefolge der Schuldenkrise hat viele Entwicklungsprojekte sehr oft verteuert oder gar in Frage gestellt. In einem widrigen Umfeld sind Erwartungen und Erfolg kaum in Übereinstimmung zu bringen.

Wir können nur vermitteln, was wir selbst sind. Diese triviale Erkenntnis kollidiert immer wieder mit dem Anspruch der Entwicklungshilfe, die Partner auf ihren selbstgewählten Weg zu geleiten. Denn die Gefahr ist groß, sie auf unseren Weg zu führen:

- Zum Beispiel erscheinen die Probleme aus der Sicht der Helfer oft dringender als sie im Entwicklungsland empfunden werden. Zeit und Erfolgsdruck führen in Versuchung, die Partner zu überfahren. Diese Gefahr ist besonders akut bei der Form personeller Hilfe mit ausländischen Experten.
- Zum Beispiel ist unsere Technik arbeitssparend und kapitalintensiv, so daß wir der verbreiteten Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung in Entwicklungsländern mit leeren Händen gegenüberstehen. Das gilt besonders auch für die neuen technischen Umwälzungen in Kommunikation und Biotechnologie, die zwar Produktivitätsschübe auslösen, aber am zentralen Erfordernis der Einkommensschaffung durch neue Arbeitsplätze im Süden vorbeiziele.

- Zum Beispiel sind die Exportartikel der Frauenemanzipation, der Menschenrechte, des Umweltschutzes letztlich nur aus unserem eigenen, geschichtlich gewachsenen Umfeld heraus zu verstehen. Ohne einem völligen Wertrelativismus zu verfallen, fordern afrikanische Stimmen (Tandon 1991) eine selbstkritischere Reflexion der gesellschaftlichen Voraussetzungen zur Verwirklichung dieser Anliegen. Es gibt bei uns zuweilen einen Verbalradikalismus, der alles kritisiert und nichts verändert.

Wir im Norden sind selbst Teil des Entwicklungsproblems. Die Einsicht in eine mitverursachende Rolle des Nordens dürfte zwar für manche nicht neu sein. Sie hat in den letzten Jahren stark an verbaler Akzeptanz gewonnen, ohne daß allerdings eine Reorientierung des Wirtschaftskurses stattgefunden hätte. Umweltkrisen globalen Zuschnitts, wie die Zerstörung der Ozonschicht, die Dezimierung der Artenvielfalt und die Aufheizung der Atmosphäre, haben den ökologischen Raubbau des Nordens sichtbar gemacht wie nie zuvor und dessen Entwicklungspfad als nicht globalisierungsfähiges Modell desavouiert. Unser heutiger Lebensstil im Norden strapaziert nicht nur die natürlichen Kreisläufe, sondern er basiert überdies auf der Voraussetzung, daß er der Mehrheit der Menschheit verwehrt bleibt.

3. Zielsetzungen

Die Einsicht in den nicht globalisierungsfähigen Lebensstil bei uns muß Folgen für die Zielsetzungen der Hilfswerkarbeit haben. Trotz aller Kritik am Wirtschaftswachstum und an der Meßweise materiellen Fortschritts, ist die Vorbildfunktion unseres Entwicklungspfades für die Entwicklungsländer ungebrochen. Die Hilfswerke müssen aufgrund ihrer Erfahrungen das vorherrschende Entwicklungsmodell herausfordern und erneuern helfen (vgl. Clark 1991). Durch ihre operationelle Tätigkeit haben sie einen einzigartigen Einblick in Krisen und Fehlentwicklungen mitsamt ihren wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen.

- Unter „Entwicklung“ verstehen die Hilfswerke seit vielen Jahren einen Prozeß, der
- auf eine bessere Befriedigung materieller und immaterieller Grundbedürfnisse abzielt,
 - der Bevölkerung eine breitere Partizipation und Kontrolle politischer Prozesse ermöglicht,
 - zu ökologischer Nachhaltigkeit hinführt.

Der Mensch steht im Zentrum dieser Entwicklung, nicht das Geld. Wenn die gesamtwirtschaftlichen Daten nach oben weisen, es der breiten Bevölkerung aber schlechter geht, so ist das noch keine Entwicklung. Auch im geltenden Bundesgesetz über internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe sind die Grundsätze und Ziele in diesem Sinn und Geist umschrieben. Das macht die Mitarbeit der Schweiz in Währungsfonds und Weltbank, die ausdrücklich diesen entwicklungspolitischen Grundsätzen und Zielen verpflichtet ist, so brisant.

Zwei politische Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit diese Ziele mit Nachdruck verfolgt werden können:

- Die schweizerische Entwicklungs-, Außenwirtschafts- und Außenpolitik muß transparent werden, damit deren öffentliche Diskussion breit und fundiert erfolgen

kann. Hier besteht eindeutig ein Nachholbedarf, und wie bei Glasnost macht Transparenz Partizipation erst möglich.

- Die schweizerische Entwicklungs-, Außenwirtschafts- und Außenpolitik muß *ko-härent* werden. Widersprüche wie z.B. in der Patentpolitik, welche den Gebrauch von Erfindungen versperrt statt freien Zugang für Entwicklungsländer zu ermöglichen, müssen zugunsten der entwicklungspolitischen Erfordernisse eliminiert werden.

Des weiteren bedingt eine Sammlung aller reformwilligen Kräfte allseitig eine Bereitschaft zur Öffnung, zur Überprüfung von Konkurrenzdenken und Feindbildern. Denn von der Aufgabe, das vorherrschende Entwicklungsmodell in Süd und Nord in Frage zu stellen, sind die Hilfswerke nicht nur herausgefordert, sondern auch überfordert. Allein ist das nicht machbar. Die privaten Hilfswerke sollten deshalb intensiver als bisher ihre Erfahrungen aufbereiten und mit nonkonformen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftern, aufgeschlossenen Kreisen aus der Wirtschaft, offenen Politikerinnen und Politikern sowie gleichgesinnten Organisationen zusammenarbeiten.

4. Ihre Entwicklung ist ihre Verantwortung

Entwicklungshilfe und andere entwicklungspolitische Maßnahmen sollen Eigenanstrengungen von Regierungen und Bevölkerung im Süden unterstützen. Sie sind subsidiär. Hilfe unbesehen der Voraussetzungen im Lande ist nicht nur ineffizient, sondern kann kontraproduktiv sein und Verantwortungslosigkeit fördern sowie Mißwirtschaft und Korruption begünstigen. Eigenanstrengungen und andere Voraussetzungen sind nicht substituierbar durch mehr Unterstützung von außen. Entwicklung läßt sich nicht erzwingen und schon gar nicht kaufen. Ein Inder hat die Grenzen der Entwicklungshilfe schon vor Jahren so kommentiert: „Ihr habt den Wahnwitz erfunden, man könne das Leiden abschaffen. Das haben wir nie geglaubt. Die Hoffnung, die jetzt zusammenbricht, ist eure, nicht unsere. Aber man kann und soll Leiden mindern. Davon reden wir.“ (TAM 45/1984, S. 21)

Die klare Anerkennung der Verantwortung des Südens für seine eigene Entwicklung — trotz allen, internationalen Verflechtungen — macht den Weg frei, Mißstände in den Partnerländern ebenso beim Namen zu nennen, wie wir unsere eigene Rolle schonungslos analysieren wollen. Beispielsweise werden bei der laufenden Diskussion um die Rolle von Währungsfonds und Weltbank die Täter ausschließlich in Washington angesiedelt: Der Süden hat die Rolle des Opfers, und die *Mitverantwortung* zahlreicher Regierungen im Süden für die mißliche Situation wird reichlich blauäugig ausgeblendet. Nicht nur die offizielle Diplomatie, sondern auch private Hilfswerke errichten zuweilen *ungerechtfertigte Tabu-Zonen* der Information.

Wenn ihre Entwicklung ihre Verantwortung im Problemfall ist, dann aber auch im Erfolgsfall. Die wirtschaftlichen Erfolge beispielsweise von Taiwan oder Korea sind ihre Erfolge und können in keiner Weise vom Norden beansprucht werden. Das gilt umsomehr, als bekanntlich der öffentliche Sektor in diesen Ländern weit größer ist als in Ländern mit sozialistischer Etikette (z.B. Korea im Vergleich zu Tanzania). Ihre Erfolgsrezepte sind nicht auf dem Boden unserer Marktwirtschaft gewachsen.

5. Das eigene Haus in Ordnung halten

Wenn wir feststellen müssen, daß wir selbst Teil des Entwicklungsproblems sind, ist die Zeit der Wohltätigkeit und Almosen definitiv vorbei. Wir müssen unseren Lebensstil und unsere Politik so verändern, daß sie globalisierungsfähig werden. Das eigene Haus in Ordnung bringen, tritt in den Vordergrund. Beim Ruf nach einer kohärenten Politik gegenüber dem Süden geht es somit nicht nur um gleichgerichtete Außenbeziehungen mit den Entwicklungsländern, sondern auch um eine weltverträgliche Innenpolitik der Schweiz. Diese Grundhaltung hat Immanuel Kant schon vor mehr als 200 Jahren mit seinem kategorischen Imperativ formuliert: „Handle so, daß die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könnte.“

Wenn der Norden vom Süden mit Nachdruck Wirtschaftsreformen im Sinne einer Strukturanpassungspolitik verlangt, muß der Norden selbst auch Bereitschaft zur Anpassung, zu Reformmaßnahmen, zeigen. Fragen, die sich aus dieser Optik für die Schweiz stellen, betreffen Bereiche wie:

- *Ausländer- und Flüchtlingspolitik:* Wievielen Arbeitssuchenden und Flüchtlingen, namentlich aus Entwicklungsländern, sind wir bereit, ein Auskommen in der Schweiz zu bieten? Die globale Apartheid des bundesrätlichen Drei-Kreis-Modells (erster Kreis: EG/EFTA-Länder mit freiem Zugang; zweiter Kreis: Nordamerika, Australien und Osteuropa mit restriktivem Zugang; dritter Kreis: Dritte Welt ohne Zugang zur Schweiz) in der Ausländer- und Flüchtlingspolitik ist nicht akzeptabel. Auf der einen Seite freien Waren- und Kapitalverkehr global zu fordern, auf der anderen Seite bei der Migration von Menschen die Flagge des Liberalismus aber einzurollen, ist eine krasse Asymmetrie zu Lasten des Südens.
- *Umweltpolitik:* Wie sehr müssen wir unseren Energieverbrauch verringern, damit unser Lebensstil weltweit nachgeahmt werden kann, ohne daß die Natur Schaden nimmt? „Die beste Entwicklungshilfe ist, bei uns Energie zu sparen“, sagt ETH-Professor Hans-Urs Wanner (zwar 3/91, S. 22). Wenn die ökologische Fragestellung zuerst als Rückfrage an den Norden aufgefaßt wird, dann ist auch die Gefahr geringer, daß die Umweltpostulate an die Dritte Welt als neuer, grüner Herrschaftsanspruch des Nordens verstanden werden.
- *Finanzpolitik:* Wie können die Militärausgaben in der Schweiz — oder andere Ausgaben — verringert werden, um im Sinne einer Friedensdividende zusätzliche Finanzmittel für die Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen, ohne die Staatsquote zu erhöhen? Eine Reduktion unserer eigenen Militärausgaben erhöht die schweizerische Glaubwürdigkeit, wenn von den Entwicklungsländern eine Verringerung gefordert wird.
- *Handelspolitik:* Wie kann die Schweiz ihren chronischen Handelsbilanzüberschuß gegenüber den Entwicklungsländern — in der respektablen Größenordnung von 7 Milliarden Franken pro Jahr — durch vermehrte Importe aus der Dritten Welt abbauen? Wie können Produzenten aus Entwicklungsländern besseren Zugang zum Schweizer Markt erhalten?
- *Bankenpolitik:* Wie können die internationale Rechtshilfe und andere einschlägige Normen verändert werden, um die Abwehr und Repatriierung von illegalen Fluchtgeldern aus Entwicklungsländern zu verstärken? Ein Erfolg in diesem

Bereich wird den Anpassungsdruck auf die überschuldeten Entwicklungsländer direkt vermindern.

Ihre Entwicklung ist ihre Verantwortung. Unsere Entwicklung ist unsere Verantwortung. Dem werden die Hilfswerke noch vermehrt Rechnung tragen müssen. Eines der gravierendsten Entwicklungsprobleme, das Bevölkerungswachstum, kann erst auf dem Hintergrund einer konsequenten Politik im Norden glaubwürdig diskutiert werden: Wenn wir Familienplanung im Süden fordern, müssen wir auch zur Kontingierung des Konsums im Norden Hand bieten.

6. Einige Bausteine für die künftige Entwicklungspolitik

Was folgt, ist kein inhaltliches Programm wie z.B. Forderungen nach mehr Entwicklungshilfe und weniger Fluchtgeldern. Es sind vielmehr einige Hinweise auf Instrumente, wie die privaten Hilfswerke im gewandelten Umfeld der 90er Jahre ihre Tätigkeit verstärken könnten. Zusammen mit den bisherigen Aktivitäten im Ausland und im Inland — die hier nicht weiter dargestellt werden — ergibt sich eine Vision von Möglichkeiten und Schwerpunkten der künftigen Entwicklungsarbeit. Die Realisierbarkeit dieser Vision hängt nicht zuletzt von ihrer Finanzierbarkeit durch Spenden, in Teilbereichen durch Beiträge des Bundes, ab.

- *Stimmen aus Entwicklungsländern sollten vermehrt direkt Eingang in die schweizerische Nord-Süd-Diskussion erhalten.* Auf der entwicklungspolitischen Ebene könnte beispielsweise das Afrikanische Alternativprogramm zur Strukturanpassung (vgl. ECA 1989) propagiert und in die Diskussion und Verhandlungen um wirtschaftspolitische Reformprogramme mit einzelnen Ländern eingebracht werden. Auf der Ebene der Medien könnte das in der Französischsprachigen Schweiz im Aufbau befindliche „Réseau Sud“ mit Korrespondentinnen und Korrespondenten aus dem Süden gesamtschweizerisch aufgezo-gen werden.
- *Unsere eigene Geschichte muß vermehrt als Steinbruch für Entwicklungsimpulse genutzt werden.* Selbstkritik über die Rolle des Nordens ist richtig und wichtig. Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß der Süden vom europäischen Entwicklungsweg einiges lernen kann: der wirtschaftliche Erfolg europäischer Aufsteiger im 18./19. Jahrhundert basierte wesentlich auf Agrarreformen und einer mit der Landwirtschaft verknüpften Industrialisierung (Senghaas 1982).
- *Produkte aus Entwicklungsländern, die Kriterien des fairen Handels entsprechen, müssen den Weg in die Regale der normalen, kommerziell orientierten Verteiler finden.* Bei entsprechender Kennzeichnung haben dann die Konsumentinnen und Konsumenten die Wahl zwischen bewußter Rücksichtnahme auf gerechten Handel und dem anonymen, herkömmlichen Produkt. Für Kleinbauern-Kaffee ist mit der Gründung der MAX HAVELAAR-Stiftung (Schweiz) ein wichtiger Anfang gemacht worden. Das MAX HAVELAAR-Label als Gütezeichen zur Auszeichnung sozial gerechter und ökologisch verträglicher Produkte sollte raschmöglichst auch für andere Erzeugnisse als Kaffee verliehen werden.
- *Die Mitbestimmungsmöglichkeiten des schweizerischen Gesellschaftsrechts sollten systematisch für entwicklungspolitische Belange genutzt werden.* Vor dem Hintergrund der fortschreitenden weltweiten Liberalisierung und Internationali-

sierung der Geschäftstätigkeit wäre es wichtig, dem kreativen Ansatz der kritischen Aktionärinnen und Aktionäre bei Nestlé und der Schweizerischen Bankgesellschaft größeres Gewicht zu geben und auf andere Gesellschaften auszuweiten. Bei den Hilfswerken liegt diesbezüglich ein Potential brach, indem ihre Mitglieder und Spender aufgerufen werden könnten, ihre allfälligen Aktienportefeuilles stimmenmäßig für ein entwicklungspolitisch verantwortungsvolles Unternehmensverhalten einzusetzen und so die Aktionärsdemokratie zu stärken.

- *Ein neues Netzwerk „Investment International“ in Analogie zu Amnesty International sollte auf internationaler Ebene aufgebaut werden, um verfehlte Investitionen und Prestigeprojekte systematisch an die Öffentlichkeit zu bringen.* Angesichts einer Verschiebung zu Programmfinanzierungen im Gefolge von Strukturanpassungsmaßnahmen muß der Kampf gegen volkswirtschaftlich verheerende Fehlinvestitionen auf neuer Basis aufgenommen werden, weil das Einzelprojekt an Gewicht verliert. Da Regierungen in Nord und Süd, die internationalen Entwicklungsbanken und die Privatwirtschaft u. U. direkt beteiligt sind, kommen nur Hilfswerke und entwicklungspolitische Organisationen als unabhängige Träger in Frage.
- *Neue Selbsthilfegruppierungen im Süden — auch solche unkonventionellen Zuschnitts, z.B. im Umwelt- oder Menschenrechtsbereich — sollen unterstützt werden.* Die Verarmung im Gefolge der Schuldenkrise einerseits und die beginnende politische Liberalisierung in manchen Entwicklungsländern andererseits haben zahlreiche neue Selbsthilfebewegungen entstehen lassen. Diese sollten mit Unterstützung aus dem Norden rechnen können, sowohl seitens der privaten Hilfswerke, als auch des Bundes.
- *Die Formen der internationalen Zusammenarbeit von privaten Organisationen mit Indonesien verdienen modellhafte Beachtung.* Denn die indonesischen Basisorganisationen haben gemeinsam mit den sie unterstützenden ausländischen Hilfswerken aus Europa, Nordamerika, Asien und Australien eine Plattform (International NGO Forum on Indonesia, INGI) als Dialogforum geschaffen, die einmal jährlich tagt. Im Hintergrund bleibt während des Jahres ein professionelles Sekretariat am Ball. Wenn alle am gleichen Strick ziehen, kann INGI wirksam agieren und über den Druck der weltweiten Öffentlichkeit Regierung und Weltbank Konzessionen abtrotzen. Beispielsweise ist die Entschädigung von betroffenen Bauern beim Kedung Ombo-Damm aufgrund der INGI-Interventionen verbessert worden. Vor allem aber hat die Zusammenarbeit generell die Stellung der indonesischen Privatorganisationen gegenüber ihrer autoritären Regierung gestärkt.
- *Nach dem im Mai 1992 erfolgten Beitritt der Schweiz zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank muß ein systematisches „Monitoring“ der schweizerischen Mitarbeit beginnen.* Die Hilfswerke werden Arbeitskapazität dafür reservieren müssen, damit diese auf mindestens zehn Jahre hinaus sich erstreckende Tätigkeit professionell und international vernetzt in Nord und Süd durchgezogen werden kann und Einfluß resultiert. Als Beitrittsgehalt arbeitet ein Ökonom aus Ghana im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke ein wirtschaftspolitisches Reformprogramm („Policy Framework Paper“) für die Schweiz im Hinblick auf einen symmetrischen Strukturwandel aus, das anlässlich der IWF-Jahrestagung 1992 in Washington der Öffentlichkeit präsentiert wird.

— *Das Instrument der Volksinitiative ist auch seitens der Hilfswerke in Betracht zu ziehen, um ein Kernthema des Nord-Süd-Verhältnisses politisch wirksam in der breiten Öffentlichkeit zu diskutieren.* Das könnte sein z.B. die Verstärkung der Entwicklungshilfe, die Attraktivität der Schweiz für Fluchtgelder, Ökologisierung der öffentlichen Finanzen im Hinblick auf eine weltverträgliche Schweiz oder ein Patentierungsverbot für biotechnologische Erfindungen.

7. Solidarität und Eigeninteressen

Früher wurde die Entwicklungszusammenarbeit oft als Bollwerk gegen den Kommunismus gesehen. Das ist jetzt vorbei, aber eine außenpolitische Rechtfertigung der Existenz der reichen Schweiz gegenüber armen Ländern bleibt die Hilfe allemal. Um mehr als ein „Ablaßhandel“ zu sein, muß die Schweiz eine kohärente Entwicklungspolitik anstreben und ihr eigenes Haus in Ordnung halten. Neuerdings steht die Entwicklungszusammenarbeit vermehrt in Gefahr, zur Lösung unserer eigenen Probleme instrumentalisiert zu werden. Altbekannt ist uns diese Gefahr in wirtschaftlicher Hinsicht: Mit gebundener Hilfe wird ein möglichst großer Rückfluß in die Kassen der eigenen Wirtschaft gesichert. Ebenso wenig neu ist das aktuelle Seilziehen um die Nahrungsmittelhilfe: Die Landwirtschaftslobby will ohne Rücksicht auf Bedürfnisse und Kosten möglichst viel Milchpulver und Getreide im neuen Rahmenkredit für humanitäre Hilfe unterbringen. Als Beitrag zur Lösung unserer Drogenprobleme ist auch schon ein klares Engagement der Entwicklungshilfe in den Drogenanbaugebieten gefordert worden. Nichts ist leichter, als Konsens über eine präventiv wirkende Asylpolitik in den Herkunftsländern durch Entwicklungshilfe zu erzielen. Und überdies ist die ökologische Ebene nicht zu vergessen: Wenn die Entwicklungsländer bei den globalen Umweltfragen sich nicht in eine gemeinsame Politik einbinden lassen, wird auch die Umweltpolitik des Nordens wirkungslos; erst Entwicklungshilfe macht die Teilnahme des Südens möglich.

Diese Eigeninteressen der Schweiz führen zuweilen zu Fehlentscheiden und zumindest zu einer schwierigen Gratwanderung mit Absturzgefahr zwischen den Bedürfnissen des Südens und des Nordens. Wir sollten aber ein unverkrampftes Verhältnis zu Eigeninteressen einnehmen. Denn dieser Nutzen für uns sichert eine gewisse Relevanz der Entwicklungszusammenarbeit für die Politik und schweizerische Öffentlichkeit. Es liegt dann an uns, den Hilfswerken, die Interessen des Südens anwaltschaftlich zu vertreten und so zu einem Weg im Sinne der wohlverstandenen, langfristigen Interessen in eine gemeinsame Zukunft beizutragen. Ein afrikanischer Beobachter hat kürzlich geschrieben: „Afrika will eine Allianz, keine einseitige Solidarität, mit den fortschrittlichen Kräften im Norden.“ (Tandon 1991, S. 67)

Weshalb soll man beispielsweise nicht auf die Verjüngung aufmerksam machen, welche die Migration in der Altersstruktur der Bevölkerung in der Schweiz bewirkt? Es ist ein weitverbreitetes Mißverständnis, Solidarität als ausreichende Motivation für entwicklungspolitische Maßnahmen anzusehen. Solidarität ist leider allzuoft ein Luxus, den man sich nicht mehr leistet, wenn härtere Zeiten kommen. Eine Entwicklungspolitik, die allein auf Solidarität aufbaut, marginalisiert sich selbst und wird nie maßgebliche politische Veränderungen bewirken können. Die Hilfswerke müssen

deshalb lernen, ihre Anliegen mit den Interessen der schweizerischen Bevölkerung zu verknüpfen, um sie einem breiten Publikum verständlich machen zu können. Wenn Veränderungen im Interesse des globalen Überlebens mehrheitsfähig gemacht werden müssen, so ist das eine erstrangige kommunikative Aufgabe für die Hilfswerke.

LITERATUR

- Clark John, *Democratizing Development. The Role of Voluntary Organisations*, London 1991.
- Economic Commission for Africa, *African Alternative Framework to Structural Adjustment Programmes for Socio-Economic Recovery and Transformation*, Addis Abeba 1989.
- Gerster Richard, *Aus Fehlern lernen? Die Schweiz und die Dritte Welt*, Zürich 1987.
- Hoven Ingrid/Peltzer Roger/Zattler Jürgen, *Konzeptionelle Überlegungen für eine „Andere Dritte Welt-Politik“*, Arbeitspapier 010 des Instituts für Internationale Politik, Wuppertal 1990.
- ICVA, *Relations between Southern and Northern NGOs: Policy Guidelines*, Genf 1991.
- Senghaas Dieter, *Von Europa lernen*, Frankfurt a.M. 1982.
- Tandon Yash, *Foreign NGOs, Uses and Abuses: An African Perspective*, in: ifda dossier april/june 1991, S. 67 — 78.

*Richard Gerster, Geschäftsleiter der Arbeitsgemeinschaft Swissaid/
Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas, Bern (Schweiz)*

Journal für Entwicklungspolitik VIII/3, 1993, S. 305 — 312

Helmut Thielen: Die Einsamkeit der „Dritten Welt“. Ökonomisch-ökologische Wege aus der Krise des Südens. Berlin, Horlemann 1992, 251 Seiten.

Praktische, internationale Entwicklungszusammenarbeit und entwicklungstheoretische Diskussion sind von einer zunehmenden Annäherung und einer Überlappung von zuvor konträren oder zumindest divergierenden Ansätzen geprägt. Das Forum für alternative, von diesem „main stream“ abweichende Entwicklungskonzeption wird zunehmend an den Rand des Geschehens gedrängt. Helmut Thielen Anliegen ist die Formulierung einer alternativen, „rural-ökologisch zentrierten“ Entwicklungsperspektive, die sich von einer dominierenden städtisch-industriellen Entwicklungsausrichtung abgrenzt.

Der Autor bewertet seine Arbeit einleitend als „thematisch verbundene Kollektion von Werkstücken aus einer Werkstatt“, es liegt daher auf der Hand, die Werkstücke einzeln zu betrachten. In den beiden ersten Kapiteln des Buches wird eine Fülle von komplexen Ursachenbündeln aufgeführt, die die aktuelle wirtschaftliche Situation der Entwicklungsländer bestimmt. Die Chronik der „Einsamkeit der Dritten Welt“ wird als Resultat einer faktischen Abkoppelung der Entwicklungsländer von der Weltwirtschaft sowie einer sozialen Verelendung und ökologischen Schädigung der ländlichen Räume ohne zufriedenstellende städtisch-industrielle Entwicklung beschrieben. Aus dieser umfangreichen Ursachenanalyse heraus begründet der Autor — leider ohne systematische Anknüpfungspunkte zum folgenden, zentralen Kapitel — den Strategiewechsel zur rural-ökologisch zentrierten Entwicklung.

Kapitel drei stellt das Hauptkapitel des Werkes dar. Schwerpunkt der Strategie ist die „Rekonstruktion der bäuerlichen Landwirtschaft, anknüpfend an rudimentäre und verschüttete Traditionen und Kulturen bäuerlicher und ethnischer Gemeinschaften, Stabilisierung von ländlicher Lebensqualität innerhalb von Agrarkultur und erhaltende Nutzung der Naturgüter für Grundbedarfsdeckung“. Als Rahmenbedingungen werden umstrukturierende Anpassung der städtisch-industriellen Räume, der Außenwirtschaftsbeziehungen sowie geänderte Eigentumsverhältnisse und politische Institutionen gefordert. Die Addition erkannter und durch viele Studien belegter Schwachstellen praktischer Entwicklungszusammenarbeit gewährleistet jedoch noch kein schlüssiges Konzept. So weist auch das Kernstück der Strategie „Agrarreform und -politik, vermittelt mit Umweltpolitik“ zwar interessante Einzelaspekte und -zusammenhänge auf, macht aber dessen Gesamtplausibilität für den notwendigen sozio-ökonomischen Strukturwandel nur unzureichend deutlich. Der Charakter des Entwicklungsstadiums der alternativen Entwicklungsperspektive wird durch die knappe Abhandlung der Rahmenbedingungen zusätzlich bestärkt. Trotz Werkstattcharakter hätte ein strukturierteres Zusammenfügen des zentralen Kapitels mit der Ursachenanalyse sowie der Erörterung der entwicklungstheoretischen Diskussion im fünften Kapitel zu mehr konzeptioneller Konsistenz im zentralen Kapitel geführt.

Thielen tritt nicht mit dem Anspruch auf, Neuland zu betreten. Im vierten und sechsten Kapitel reflektiert er pragmatische Annäherungen an die ökologisch-rural zentrierte Entwicklungsperspektive, zum einen an neueren Entwicklungskonzeptio-

nen der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Afrika (ECA) und Lateinamerika (CEPAL) und zum anderen am Beispiel des alternativen Entwicklungskonzeptes der Sandinisten in Nicaragua. Beeindruckend ist die Analyse der Strukturformen in Nicaragua, die Thielens tiefe Nicaraguakenntnisse widerspiegelt und die die synergetischen Wirkungsbeziehungen zwischen Agrarreformen und Umweltpolitik deutlicher herausstellt als im zentralen Kapitel. Im abschließenden Kapitel greift der Autor gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen auf, indem er am Beispiel des Dachverbandes der Deutschen Agraropposition auf Möglichkeiten weist, die zu einer positiven Beeinflussung der Spielräume für alternative Entwicklungskonzeptionen führen könnten.

Helmut Thielen versucht annähernd das gesamte Spektrum internationaler Entwicklungszusammenarbeit abzudecken oder zumindest anzusprechen. Es werden die Entwicklungspraxis und entwicklungstheoretische Diskussion, gesellschaftliche und weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen und gleichzeitig Implementationsdefizite konkreter Projektmaßnahmen aufgeführt. Hierdurch entsteht ein indirekter Anspruch auf Ganzheitlichkeit der rural-ökologischen zentrierten Entwicklungsperspektive, dem diese im jetzigen Stadium keinesfalls gerecht werden kann. Dies soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Buch ein sehr interessantes und wichtiges Mosaik darstellt, das alternativen Entwicklungskonzeptionen aus dem Abseits verhelfen kann.

Andreas Obser

James G. Bennett (ed.), Private Sector Development in Bangladesh, Oase Verlag, Köln 1991.

Die vorliegende Untersuchung stellt den seltenen Fall eines gelungenen Beispiels für angewandte Entwicklungsökonomie dar. Im Rahmen eines Projektes der deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) haben sich eine Reihe von namhaften, zumeist deutschen Wissenschaftlern, unterstützt von bengalesischen Kollegen, interdisziplinär mit der Frage der Förderung des privaten Sektors in Bangladesch beschäftigt.

Die verschiedenen Betrachtungsweisen der Beobachter zeichnen zusammen mit der Verwendung von vor Ort gesammeltem Interviewmaterial ein lebhaftes und praxisnahes Bild des privaten Sektors und seiner Rahmenbedingungen. Dieser Eindruck wird dadurch unterstützt, daß auf die Informationsgewinnung im Rahmen des Projektes selbst eingegangen und dieser Prozeß in Beziehung zu den betrachteten Themenfeldern gebracht wird. Theoretische Modelle und Erklärungsansätze stehen nicht im Vordergrund, sondern werden zur Erläuterung des gesammelten Daten- und Informationsmaterials angewendet und entsprechend spezifiziert.

Resultat ist eine realitätsnahe und praktisch operative entwicklungsökonomische und -politische Analyse eines wirtschaftlichen Sektors, der nach dem immer manifest werdenden Versagen des Staates und der Staatsklasse in den Ländern des Südens von vielen als einzige Chance zur wirtschaftlichen und sozialen Genesung angesehen wird.

Die Studie behandelt unterschiedliche Themenschwerpunkte, wie die Industriepolitik (Oskar Gans), wobei hier insbesondere die Auswirkungen des momentanen Steuersystems auf den privaten Sektor im Vordergrund stehen, weiters den Agrarsektor (James Bennett), wobei allerdings das wichtige Thema der Bodenreform zuwenig dargestellt wird. Der Beitrag von Dieter Conrad analysiert das juristische System und leitet Verbesserungsvorschläge ab, wobei hier explizit auf die gespannten Beziehungen zwischen den Arbeitgebern und -nehmern eingegangen wird. Abgerundet wird die Darstellung der Rahmenbedingungen des privaten Sektors in Bangladesch durch Hartmut Eisenhans' Analyse der Staatsklasse und der politischen Parteien. Eine Verbindung zwischen dem politischen und ökonomischen Bereich wird über die Darstellung der Verwendung von Renten durch die Staatsklasse, vor allem aus Steuern und Entwicklungshilfetransfers, und deren Auswirkungen auf den ökonomischen Bereich hergestellt. Einen eher technokratischen Betrachtungsansatz verwendet Christoph Reichardt bei der Analyse der administrativen Strukturen, die eine Entwicklung des privaten Sektors institutionell absichern müssen.

James Bennett stellt im Prolog die selbstkritische Frage, ob die aktuellen politischen Ereignisse (Dezember 1991 — Sturz des seit 1982 amtierenden Präsidenten Ershad) und die verheerende Flutkatastrophe im April desselben Jahres die Ergebnisse der Studie nicht obsolet machen. Bei der Beantwortung dieser Frage ist dem Herausgeber sicherlich dahingehend zuzustimmen, daß ein Großteil der Ergebnisse auch unter der neuen Regierung und den verschlechterten ökonomischen Bedingungen von Relevanz ist. Daraus läßt sich für den Leser eine weitere Erkenntnis ableiten:

Die Entwicklungsprobleme sind auf nationaler und internationaler Ebene strukturell verankert und der Vorgang des Austausches eines Regimes wird per se nicht ausreichen, um eine Verbesserung zu erwirken.

Ayad Al-Ani

Kontinuität der unterschiedlichen außenpolitischen Interessen Indiens und der USA unter John F. Kennedy und Jawarhalal Nehru

B. M. Jain (1987): India and the United States, 1961 — 1963; Delhi: Radiant Publishers, 302 p.

Das Buch beschreibt den Wandel der amerikanischen Beziehungen zu Indien im Zuge des politischen Regierungswechsels von Truman und Eisenhower zu John F. Kennedy. Dabei wird die These vertreten, daß Indiens nationale außenpolitische Philosophie und die amerikanische Eindämmungspolitik auch unter Einbeziehung großer persönlicher Wertschätzung zwischen der Familie John F. Kennedys und Jawarhalal Nehru wenig Chancen für politischen Wandel in den internationalen Beziehungen zwischen beiden Nationen boten.

Divergierende philosophische und historische Traditionen und Werte, insbesondere in Bezug auf Bündnisstrategien, Sozialismus, Staatsdirigismus und nationale Identität, wahrten die Kontinuität amerikanischer Außenpolitik gegenüber Indien. Bestimmender Faktor der amerikanischen Interessen gegenüber Indien war das Ziel der Eindämmungspolitik gegenüber sozialistischer und kommunistischer Herrschaft; Kristallisationspunkte der indischen Staatsphilosophie hingegen sind hinduistisch-nationale Integrität, Unabhängigkeit und Eigenbestimmung.

In sieben Kapiteln zeigt der Autor die unterschiedlichen Einstellungen zwischen den USA und Indien, insbesondere zu den Konflikten in Südasien (Indo-Chinesischer Krieg, Kashmir, Goa, US-amerikanische Wirtschaftshilfe für Indiens sozialistisch orientierte Ökonomie) sowie zu den damals aktuellen weltpolitischen Auseinandersetzungen (insbesondere zu Indochina, zur Berlin- und Kubakrise). Demgegenüber bietet der von Jain angesprochene psychoanalytische Ansatz zur Analyse von internationalen Beziehungen für die indisch-amerikanische Außenpolitik unter Nehru und J. F. Kennedy keine hinreichende Erklärung für die Beziehungen zwischen den USA und Indien Anfang der 60er Jahre.

B. M. Jains Buch zitiert etwa 280 Literaturtitel. Dabei sind vor allem seine ausgewählten Zitate zu Indien aus persönlichen Aufzeichnungen wichtiger amerikanischer Intellektueller und Politiker wie etwa W. W. Rostow, Chester Bowles, dem damaligen amerikanischen Botschafter in Indien, Prof. John Kenneth Galbraith oder Robert McNamara, allesamt Weggenossen von John F. Kennedy, bedeutsam.

Indiens unabhängige außenpolitische Position gegenüber der sich formierenden „Dritten Welt“ sind nicht im Interesse der Politik Trumans und Eisenhowers

Der Autor analysiert zunächst die Haltung der USA gegenüber Indiens Unabhängigkeit vor und nach dem Zweiten Weltkrieg: Indiens Stabilität sowie sein demokratisches Gesellschaftsmodell waren nach Jain von vitaler Bedeutung für das Ziel der US-amerikanischen Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg: Indien solle weder in die sowjetischen noch in die chinesische Einflußsphäre des Sozialismus fallen. Die

Versuche der USA, das Land direkt in die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik einzubinden (SEATO), scheiterten sowohl an Indiens erfolgreichem Bemühen um Bündnisfreiheit, seiner pro-sozialistischen Philosophie, dem tiefen Mißtrauen zwischen J. Nehru und den Truman/Eisenhower/J. F. Dulles-Regierungen, als auch an Nehrus Faszination für den chinesischen und sozialistischen Entwicklungsweg sowie an seinen guten Beziehungen zur UdSSR.

Die unterschiedlichen Interessen zeigten sich insbesondere an Indiens Unterstützung für China zur Erlangung eines ständigen Sitzes im UN-Sicherheitsrat, an Nehrus Weigerung, China als Aggressor im Koreakrieg zu brandmarken sowie den japanischen Friedensvertrag mit seinen Festlegungen bezüglich Taiwan und den Kurilleninseln zu unterzeichnen, an Indiens Friedensinitiativen für Indochina und seiner starken Kritik an den militärischen US-Interventionen in Laos und Vietnam, an seiner Verurteilung der Schweinebuchtintervention und an den unterschiedlichen Haltungen zum Kolonialismus, insbesondere bezüglich Goa. Annähernde politische Einstellungen gab es demgegenüber bei den Krisen zu Suez, Ungarn, Berlin, Laos und Kuba.

Die indischen Interessen zu Goa, Kashmir und zum chinesisch-indischen Krieg schaffen eher Konflikte als Entspannung gegenüber den amerikanischen Positionen

Haben die USA insbesondere im Kashmirkonflikt (Kapitel 4) und in der gewaltsamen Annexion der ehemals portugiesischen Kolonie Goa in die indische Union eine moderat kritische Haltung gegenüber Indien eingenommen und im Kashmirkonflikt eher die Position der Moslems unterstützt, so bedeutete die logistische Unterstützung Indiens mit militärischem Gerät im Zuge des chinesisch-indischen Grenzkrieges um Tibet zum ersten Mal eine deutliche Verbesserung der indisch-US-amerikanischen Beziehungen. Diese muß jedoch als glückliche Folge amerikanischer Sicherheitsinteressen gegenüber China und dem Kommunismus bewertet werden.

Durch den chinesisch-indischen Krieg (Kapitel 5) bekam J. Nehru erstmals eine realistischere Sicht darüber, „... that a strong China is normally an expansionistic China ...“ (S. 122). Nachdem auch die UdSSR nicht bereit war, Indien Waffen für den Krieg gegen China zu liefern, forderte Nehru von den USA eine massive Unterstützung zur Aufrüstung und Modernisierung des indischen Militärpotentials; innenpolitisch brachte ihm dies erhebliche Kritik ein. Indiens Forderung nach US-Militärhilfe im Werte von 500 Mio. US-\$, verteilt auf fünf Jahre, entsprach etwa der Hälfte der bisher an Pakistan gegebenen Mittel insgesamt.

Mit Blick auf die guten Beziehungen zu Pakistan, wegen der wirtschaftlichen Belastungen der USA durch die Kubakrise und aufgrund der indischen Weigerung, sich stärker unter den Einflußbereich der NATO zu stellen (vgl. die massive Kritik der indischen Presse über die Frage der Luftverteidigung und der Einrichtung von Militärflugplätzen für westliche Länder), wurden lediglich 120 Mio. US-\$ freigegeben. Weitergehende längerfristige Zusagen für Indiens Verteidigung gegenüber dem kommunistischen China unterblieben.

Obwohl Indien und die USA divergierende Einschätzungen bezüglich der Frage des Kolonialismus und der Eingliederung Goas in die indische Union hatten, ergaben

sich aus dem von Indien begonnenen Krieg gegen Portugal um Goa keine tiefgreifenden Störungen in den Beziehungen (Kapitel 6). In diesem Konflikt hatte Kennedy zwar Verständnis für „... India's legitimate right to liberate Goa to complete the process of her independence ...“ (S. 160), er kritisierte jedoch die Anwendung von militärischer Gewalt. Das indische Vorgehen hatte u.a. zur Folge, daß die USA ihre Wirtschaftshilfe im Wert von ca. 800 Mio. US-\$ für 1963 um drastische 30% kürzten (S. 193f.), und daß Indien erhebliches Ansehen in der blockfreien Bewegung und in der Dritten Welt insgesamt verlor.

Kapitel 7 beschreibt ausführlich die amerikanische Wirtschaftshilfe für Indien bis 1963. Diese Unterstützung war weder massiv, noch wurde sie mit dem Ziel gegeben, Indiens industrielle Infrastruktur aufzubauen. Sie bestand hauptsächlich aus Nahrungsmittelhilfe (PL-480) und — was die Entwicklungszusammenarbeit von US-AID anging — primär in der Unterstützung des Dorfentwicklungsprogrammes („Community Development Program“) sowie dem Aufbau von Milchkooperativen („dairy development“) zur Förderung der „Grünen und Weißen Revolution“.

Inbesondere Kennedy hatte zwar ein Interesse an einem ökonomisch stabilen Indien, um die Machtbalance in Asien gegenüber China zugunsten westlicher Demokratievorstellungen zu stärken. Auf der anderen Seite hielten sich aber US-Regierung und Privatinvestoren im Industriebereich deutlich zurück. Aufgrund des sozialistisch und staatskapitalistisch orientierten Wirtschaftssystems Indiens („mixed economy“) sahen amerikanische Geschäftsleute wenig Chancen auf dem indischen Markt. Dies wird besonders an der Weigerung der USA deutlich, das Stahlwerk Bokaro zu bauen; hier war die indische Regierung nicht bereit, Besitz und Management der Firma mit ausländischen Investoren zu teilen.

Indiens Selbstverständnis und die Rolle Nehrus und Kennedys als Reformatoren des Weltsystems

Das Buch zeigt, daß J. Nehru und J. F. Kennedy ihren geschichtlichen Platz als wichtige Reformatoren des Weltsystems haben. Ähnliche Herkunft, Bildung und Ideale für eine demokratische, sozial orientierte und vom Kolonialismus befreite Weltgesellschaft stärkten ihre gegenseitige Wertschätzung, zudem getragen durch persönliche Freundschaft der Familien. Aber für die Beziehungen beider Länder war der „persönliche Faktor“ (Kapitel 2) nicht maßgebend. Kennedy mußte sich im Streit um die Wirtschaftshilfe insbesondere für das Stahlwerk in Bokaro an den negativen Entscheid des Kongresses halten und verfolgte in den Auseinandersetzungen über Goa, Kashmir und China westliche Bündnisinteressen. J. Nehru, auf der anderen Seite, vertrat klar Indiens heute noch gültiges Selbstverständnis eines sozialistischen und selbstbestimmten „Bharat“.

Das interessante Buch von B. M. Jain zeigt, daß Indien selbst unter günstigen Bedingungen, die durch die persönliche Freundschaft zwischen J. Nehru und J. F. Kennedy und die außenpolitische Lage beider Nationen bedingt waren, außen- und wirtschaftspolitisch sowie moralisch an Einfluß verlor. Dies gilt auch bezüglich seiner proklamierten Führungsrolle in der Dritten Welt. Diese, moralisch begründet, wird heute von kleinen Nachbarnationen sehr ernst genommen, die ein politisch (vgl. Sri

Lanka und Pakistan), militärisch (vgl. Krieg um die Malediven) und wirtschaftlich (vgl. Boykott gegen Nepal) aggressives Indien fürchten.

Im Zeichen großer, vielleicht übertriebener Erwartungen an die Erfolge der Liberalisierung im heutigen Indien unter Premierminister Narashimo Rao und Finanzminister Manohar Singh sei der Hinweis erlaubt, daß das Land bereits in den 60er Jahren in einer „... artificial world of its own creation ...“ (S. 126) lebte. B. M. Jain's These von der prägenden Kontinuität indischer Außenpolitik sollte uns zu denken geben.

Armin Bauer

Journal für Entwicklungspolitik VIII/3, 1992, S. 313 — 314

AUTORENNOTIZ

Renate CHRIST

Studium der Biologie an der Wiener Universität, zuletzt beschäftigt im Bundesministerium für Jugend, Familie und Umweltschutz. Mitglied der Österreichischen Delegation der vier Vorbereitungskomitees und der UNCED-Rio 1992. Arbeitsschwerpunkte: Probleme der Atmosphäre und Klimawandel. Nunmehrige Tätigkeit im UNEP-Hauptquartier in Nairobi.

Martin FRIMMEL,

geb. 1967. Biologiestudium, mehrere Recherche-Reisen nach Süd- und Mittelamerika, Südostasien und Zentralafrika. Arbeitet als freier Journalist für diverse Medien. Mitarbeit bei verschiedenen Umweltorganisationen. Derzeit Leiter der Regenwaldkampagne von Greenpeace Österreich.

Richard GERSTER,

geb. 1946, Geschäftsleiter der Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas. Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Hochschule St. Gallen, 1973 Promotion zum Dr. oec. Seit 1972 in der Entwicklungshilfe und -politik tätig. Zahlreiche Publikationen, u.a. *Patentierter Profite. Die Rolle schweizerischer Patente in der Dritten Welt* (Basel, Z-Verlag 1980); *Fallstricke der Verschuldung. Der Internationale Währungsfonds und die Entwicklungsländer* (Basel, Z-Verlag 1982); *Aus Fehlern lernen? Die Schweiz und die Dritte Welt* (Zürich, Ex Libris 1987).

Walter HÖDL,

geb. 1948. Zoologe, zahlreiche Forschungs- und Lehraufenthalte in Brasilien, Peru und Französisch Guiana. Forschungsschwerpunkte: Tropenbiologie, Bioakustik und wissenschaftlicher Film.

Laura KELLY,

is currently the Project Officer with the British NGO, Population Concern. She holds a Master's degree in International Development from Clark University, Massachusetts, USA and has worked with NGOs in the UK and Latin America.

Willy KEMPEL,

c/o Austrian Embassy, 11, Herman Cohen Str., P. O. B. 11095, Tel Aviv, Israel.

J. Wagana MAKOBA,

Ph.D., Assistant Professor, Department of Sociology, University of Nevada, Reno;
Areas of Specialization: Third World Development, Political Economy of Public
Enterprises in Africa, Organizations and Bureaucracies, Law, Deviance and Social
Control. Original Articles Forthcoming: „State Control of the Economy and Class
Formation in Postcolonial Africa“, *Africa Quarterly*. „Foreign Economic Domination,
Public Enterprise Formation and the State Control of the Economy in Zambia“, in:
State-Owned Enterprises in Africa, edited by Barbara Grosh and Rwekaza S.
Mukandala.

Matthew PATERSON

is a research student in the Department of Government at Essex University, where
he is writing a PhD on the international politics of global warming.

Maurice F. STRONG

Generalsekretär der UN-Umweltkonferenz (UNCHE) in Stockholm 1972 und Gene-
ralsekretär der Umweltkonferenz in Rio de Janeiro (UNCED) 1992.

New Books From Sweden - Bethany Books, Box 7444, 103 91 Stockholm

The Underdevelopment of Development, Andre Gunder Frank. This is an autobiography with regard to development theory and issues. The book provides of Frank's bibliography of publication from 1955-1990. This is organized in three categories 110 books, 104 collections, and 600 periodical articles.

AFRICA: The Awakening Frontier, Trade and Investment in 500 Million Market Place. Jude E. Uba. This is a new book on the African market place which is rapidly changing in a global market economy. Thus, providing domestic and foreign companies with the opportunities to build profitable business while helping the continent attain its development goals.

Perestroika: An Inquiry into Its Historical Ideological and Intellectual Roots By Abu Falj Dowlah (University of Southern California, 1990) This book examines the historical, ideological and intellectual roots of perestroika. Based on thorough inquiry, textual evidence, and historical facts, the author concludes that Gorbachev's claims are substantially legitimate.

Bilateral and Multinational Economic Co-operation in West Africa: Self Reliance Through Putting the Resources Together. W.A.Ndongko and Franklin Vivekananda. Analyses the economic co-operation and trade in West Africa.

Emergence of Bangladesh and Big Power Role in 1971. Jaglul Alam. This book analyses the super-power role during independence struggle which reveals new facts.

Asia-The 21st Critical Century: The Question of Sub-Nationalism in South Asia: Case Studies from Pakistan, India, Bangladesh, Sri Lanka. Sarojini Sharan and Franklin Vivekananda. The manifestation of extreme form of sub-nationalism in the political field were witnessed in demand for secession is analysed in this book covering all Asia.

A Socio-Economic Study of Bihar During the Regime of Two Gandhis. Sarojini Sharan. Analyses the socio-economic conditions in Bihar since 1966.

Zimbabwe: Ten Years of Destabilization: A Balance Sheet. Elphas G. Munkonoweshuro. Analyses 10 years of Socio-economic and political conditions.

Critical Essays on African and Third World Economic Development. W.A.Ndongko and F. Vivekananda. This book examines the recent economic development of African and Third World nations.

Economic Development of Cameroon. Franklin Vivekananda and W. A. Ndongko. This book analyses the economic development of Cameroon since the colonial period.

Nigeria and the Struggle for the Liberation of Zimbabwe: A Study of Foreign Policy Decision Making of an Emerging Nation. O.Abegunrin. The book analyses the Nigerian policy towards the struggle for the liberation of Zimbabwe. The main emphasis is placed on Nigeria's economic, and leadership capability that formulation of the Western Powers' policies towards Zimbabwe.

Premises and Process of Maldevelopment: Discusses the conceptual premise and process of maldevelopment, underdevelopment and dependent development instead of development.

Bangladesh Economy: Some Selected Issues Franklin Vivekananda (ed.) This Book analyses the present economic conditions in the country and suggests some alternative solutions for the future development.

Bangladesh: Inside Bureaucracy by Muntassir Mamoon and Jayanta Kumar Ray.

Bangladesh: Constitutional Quest for Autonomy by Moudud Ahmed

Bangladesh Faces the Future by Ole David Koht Norbye.

Ethnoterritorial Political Violence in Advanced Industrial Countries: Lessons from Western Europe by Siamak Khatami.

Nigeria What Hope? A Study into Corruption and Socio-economic Issues. Acha Felix Ndubisi

Curriculum Development for Responsive Education in Third World countries - Theoretical Foundations. T.G. Anwukah.

Capital Accumulation, the State and Nigerian Peasantry. D.Mou.

Development Alternative Amalendu Guha and Franklin Vivekananda. This is the alternative to the contemporary maldevelopment which consists the trioka of underdevelopment and dependent development.

SCANDINAVIAN JOURNAL OF DEVELOPMENT ALTERNATIVES

Post Box 7444, 103 91 Stockholm Sweden

This is a journal with an interdisciplinary focus in the social sciences. It is both theoretical and practical nature, and seeks to confront and deal with every aspect of human development, covering all the socio-economic systems of the world. It has interest in such issues as basic social needs, fulfillment of human rights, avoidance of both class and other structural violence, the search for disarmament and peace, the maintenance of ecological balance, the removal of poverty and unemployment, improvement in North-South relations, and the finding of an international framework to deal equitably with trade, industrialization, migration, technology transfer, and general socio-economic disparities of a regional or a global kind.

Selected articles in recent issues

One Special Issue of Andre Gunder Frank (150 pages) entitled "The Underdevelopment of Development" which includes Frank's Bibliography of Publications 1955-1990, Chapters in Collections, Edited Books, Anthologies Latin American Development Theories Revisited, A Participant Review Essay. This issue includes the details of 110 books, 104 collections, and 600 periodical articles. This is useful to libraries and researchers.

Other articles include Forum on Aids Disease in Africa

Philippe Engelhard and Moussa Seck

Sexual Behavior and Cultural Context: With Special Reference to Senegal

Adebawale Akande

Understanding AIDS/HIV: Implications for Psychologists and Other Professionals in Africa

Sara Tallis and Scott Harris

Aids in East Africa: A Regional Assessment

A.I. Odebiyi, Sola Olowu and Franklin Vivekananda

Shame has Fallen on the Earth Now--Aids in Africa Psycho-Social and Economic Analysis

O.Okediji, E.O. Ojofeitimi, B.Feyisetan A.K. Ako-Nai and O. Taiwo

Knowledge Awareness and Attitudes of Acquired Immunodeficiency Syndrome (AIDS) of Health and Non-Health Professionals in University of Ife Community, Nigeria

Olatunde E. Okediji

Acquired Immune Deficiency Syndrome and African Population: an Update

A.I. Odebiyi and Franklin Vivekananda

Aids in Third World Countries: Africa-What Are the Alternatives

G. N. Vukor-Quarshie

Liability for AIDS: Infection Under the Criminal Law of Nigeria

Anselm Uba

AIDS in Africa: Some Alternative Solutions?

Amos K. Fabiyi

Health Education Holds the Key to Controlling the Spread of AIDS

Sobbie A.Z. Mulindi

Strategies for HIV Infection Prevention in a Developing Country: Case Study of Kenya.

Randolph Quayle

The Political Economy of Health and Medical Care: The Ghanaian Experience.

INFORMATIONEN FÜR AUTOREN

1. Manuskripte sind zu senden an: Journal für Entwicklungspolitik, Weyrgasse 5, A-1030 Wien.
2. Senden Sie zwei Kopien. Diese werden zwei externen Begutachtern zur Stellungnahme vorgelegt.
3. Der Beitrag darf den Umfang von 30 Seiten (2zeilig) nicht überschreiten. Darin eingeschlossen sind die Titelseite mit Zusammenfassung, Text, Literaturhinweise, Anmerkungen, Tabellen und Schaubilder.
4. Legen Sie eine kurze Zusammenfassung (ca. 100 Worte) und eine Kurzcharakteristik ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit bei.
5. Auf dem Manuskript sollte Ihr Name nicht angegeben sein.
6. Zitierweise: Generell sollte ein Verzeichnis aller ver- und bearbeiteten Literatur am Ende des Beitrages stehen. Im Text selbst geben Sie bitte den Namen, das Jahr und bei wörtlichen Zitaten die jeweilige Seite an.
7. Wenn möglich, schicken Sie Ihren Beitrag zusätzlich auf Diskette, wobei das Manuskript mit Microsoft Word V 5.0 oder einem anderen MS-DOS-compatiblen Programm erfaßt sein sollte.

INFORMATIONS FOR CONTRIBUTORS

1. Submit manuscripts to: Austrian Journal of Development Studies, Weyrgasse 5, A-1030 Vienna, Austria.
2. Submit two copies and retain the original for your files. All papers deemed appropriate for the AJDS are sent out anonymously to readers.
3. A full-length article is seldom longer than 30 manuscript pages, including title page, abstract, text, references, footnotes, tables, and figures. Manuscripts must be typed double-spaced.
4. Include a brief abstract (fewer than 100 words) and a short curriculum vitae (not more than 40 words).
5. Delete all identifying references from your manuscript.
6. Reference Format: In the appendix: List all items alphabetically and, within author, by year of publication. In the text: All source references are to be identified at the appropriate point in the text by the last name of the author, year of publication, and pagination where needed.
7. Manuscripts on diskette will reduce the processing time. Compose with a word processor on a PC/MS-DOS computer using, e.g. Microsoft Word 5.0.

VORSCHAU AUF DIE NÄCHSTEN HEFTE:

Heft 4/1992: Lateinamerika

Heft 1/1993: Migration

Heft 2/1993: Indien

Satz: Ch. Weismayer, A-1080 Wien

Druck: HTU-Wirtschaftsbetriebe Ges.m.b.H., A-1040 Wien